

# Meldungen

zusammengestellt von Theo Ebbers

## Politische Zerwürfnisse I

Als eine Folge ihres Debakels anlässlich der letzten Lok-Sabha-Wahlen hat sich im September die 'All India Anna Dravida Munnetra Kazhagam' (AIADMK) in Tamil Nadu gespalten. Zwar versuchte die bisherige Ministerpräsidentin, Jayalalitha, die vor allem für die Wahlniederlage verantwortliche gemacht wird, in letzter Minute, eine solche Spaltung zu verhindern, indem sie eine persönliche Erklärung abgab, doch kam diese zu spät. Die Gruppe der 'Rebellen' hat sich deutlich von Jayalalitha und ihren Anhängern distanziert und die umstrittene Ex-'Chief'-Ministerin aus der Partei ausgeschlossen, die sie nun als die 'wahre AIADMK' ansehen. Im Zentrum der Auseinandersetzungen stand die Beziehung Jayalalithas zu ihrer engsten Vertrauten, Sasikala, gegen die zur Zeit ein Ermittlungsverfahren wegen des Verstoßes gegen die Devisenbestimmungen läuft. Im Zuge dieser Ermittlungen geriet auch immer wieder die ehemalige 'Chief'-Ministerin in das Kreuzfeuer der Kritik und Fragen nach dem Ursprung ihres Vermögens, das sie während ihrer Regierungszeit angehäuft hat, wurden laut. Auch gegen Jayalalitha und Mitglieder ihrer Familie wird wegen des Verdachts auf Korruption und Vorteilsnahme im Amt ermittelt. Immer wieder wurde in diesem Zusammenhang Sasikala als eine der Hauptantriebskräfte hinter den Unregelmäßigkeiten und Finanzaffären während Jayalalithas Amtszeit genannt.

## Politische Zerwürfnisse II

In Gujarat haben die monatelangen Streitigkeiten innerhalb der regierenden 'Bharatiya Janata Party' (BJP) einen weiteren Höhepunkt und vorläufiges Ende in einer Spaltung der BJP auf Landesebene gefunden. Für die BJP, die sich nach ihrem erfolgreichen Abschneiden bei den letzten Parlamentswahlen als einzige bundesweite Alternative zur 'Congress'-Partei zu präsentieren sucht und sich schon jetzt parteistrategisch auf die nächsten Parlamentswahlen einstellt, ist diese Spaltung ein schwerer Rückschlag. Sie hatte bei den verschiedenen Landesparlamentswahlen 1995 nur in Gujarat die absolute Mehrheit erzielen können und in anderen Bundesstaaten gar verloren. Schon kurz nach diesem Wahlsieg brachen jedoch Ge-

gensätze und Konflikte zwischen zwei innerparteilichen Fraktionen auf, die zunächst durch die Neubesetzung des Ministerpräsidentenpostens übertüncht werden konnten, vor wenigen Wochen jedoch zum Ausschluß von Shankarsingh Vaghela, der als Anführer der parteiinternen Kritiker und Rebellen gilt, aus der Partei führte. Ende August hat Vaghela nun eine eigene Partei, die 'Rashtriya Janata Partei', gegründet. Sie ist entschlossen, die BJP-Regierung unter Ministerpräsident Suresh Mehta zu stürzen und selbst die Regierungsgeschäfte in Gujarat zu übernehmen. Die BJP verfügte im Landesparlament Gujarsats bisher über 119 von 180 Sitzen. Ob die neue Partei unter diesen tatsächlich genug Anhänger finden wird, um die absolute Mehrheit der BJP zu brechen, muß abgewartet werden. Vaghela und seine Anhänger gaben zunächst an, von 46 BJP-Abgeordneten unterstützt zu werden, eine Behauptung, die sie bisher jedoch nicht belegen konnten.

## Politische Zerwürfnisse III

Geong Apang, Indiens am längsten amtierender Ministerpräsident des Bundesstaates Arunachal Pradesh, verließ mit der Mehrzahl der 'Congress-I' Abgeordneten dieses geostrategisch wichtigen Staates mit seiner Grenze zu China Mitte September wegen Differenzen mit Ex-Premier Rao die Mutterpartei und gründete den 'Arunachal Congress'. Er wurde vom Gouverneur des Bundesstaates jedoch erneut zum Ministerpräsidenten vereidigt.

## Atomteststopp und Indien

Die Verabschiedung des Atomteststoppvertrages durch die UN-Vollversammlung hat in weiten Teilen der Welt ein positives Echo hervorgerufen. Indien sprach jedoch von einer "bewußten Täuschung der Weltöffentlichkeit". Indiens Außenminister Kumar Gujral erklärte, der Vertrag sei eine "Farce" und "völlig wertlos". Die fünf offiziellen Atomkräfte würden ihre Atomtest nun mit Hilfe von Computern fortsetzen und damit ihre Tests lediglich vor der Öffentlichkeit verstecken. Dem Resolutionsentwurf haben insgesamt 158 Staaten zugestimmt. Indien, Libyen und auch Bhutan stimmten dagegen, fünf Länder, darunter auch Pakistan, enthielten sich. Ohne die Unterzeichnung Indiens kann

der Vertrag vorerst nicht in Kraft treten, weil ihn alle 44 Staaten der Welt mit "nuklearer Kapazität" innerhalb von zwei Jahren ratifiziert haben müssen. Pakistan will erst dann unterzeichnen, wenn auch das Nachbarland Indien unterschreibt (siehe dazu auch den Pakistan-Teil dieser Ausgabe).

## Staatshaushalt 1996: Schwieriger Balanceakt

An den neuen Haushalt der 'United Front'-Regierung wurden hohe Erwartungen geknüpft, waren doch die von der 'Congress'-Regierung eingeleiteten Wirtschaftsreformen mit ihren negativen Auswirkungen auf die ärmeren Bevölkerungsschichten ein wichtiges Wahlkampfthema, das entscheidend zur Niederlage Raos und seiner Partei beigetragen hat. Das "Gemeinsame Minimalprogramm" (CMP) der neuen Regierungskoalition sieht unter anderem Ausgabensteigerungen im Sozialbereich und zum Ausbau der Infrastruktur vor, und betont die Notwendigkeit, die Wirtschaftspolitik stärker an die wirklichen Bedürfnisse der Bevölkerung anzupassen (siehe dazu auch: 'Südasiens', 5/96). Wer nun aufgrund dieser Aussagen des Regierungsprogramms im Haushalt drastische Schritte zu deren Realisierung erwartete, muß von dem Ende Juli beschlossenen Haushaltsplan enttäuscht sein, enthält er doch mehr Kontinuitäten als Änderungen gegenüber dem wirt-



Ex-Ministerpräsidentin Jayalalitha in Nöten (Foto: T.H. Hafeez)



(aus: 'Times of India')

schaftspolitischen Kurs der Vorgängerregierung.

In seiner Rhetorik folgt der Haushalt den Vorgaben des CMP. So soll die Kapitaldecke der 'Nationalbank für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung' (NABARD) erhöht und die meisten Entwicklungsprogramme der Zentralregierung dezentralisiert und den Bundesstaaten überantwortet werden. Eine noch einzurichtende Kommission soll alle Privatisierungen und Teilprivatisierungen öffentlicher Unternehmen überprüfen, und die Arbeit des 'Board for Industrial and Financial Reconstruction' (BIFR) soll einer Prüfung unterzogen werden. Der Haushaltsplan sieht außerdem eine Erhöhung der Ausgaben im Bildungswesen vor, sowie verstärkte Mittelzuwendungen für Programme zur Trinkwasserversorgung, vor allem der ländlichen Regionen. Zur Förderung von Investitionen im Infrastrukturbereich ist die Gründung eines 'Fonds für die Entwicklung der ländlichen Infrastruktur' vorgesehen. Private Investitionen in diesem Bereich sollen durch die Gründung einer 'Finanzierungsgesellschaft für die Entwicklung der Infrastruktur' gefördert werden, die in den nächsten Jahren mit einem Kapital von 50 Milliarden Rupien ausgestattet werden soll.

Der Schwerpunkt des Haushalts liegt jedoch auf einer Reduzierung des Haushaltsdefizits von knapp sechs Prozent auf vier Prozent des Bruttosozialprodukts. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen die Staatsausgaben gesenkt oder zumindest eingefroren werden. Fi-

nanzminister Chidambaram zögerte keinen Moment, solche Sparmaßnahmen auch vorzunehmen. So hat er die Verwaltungsaufwendungen der Ministerien eingefroren, auch die Löhne und Gehälter der Beschäftigten im öffentlichen Dienst sollen etwa auf dem gegenwärtigen Niveau gehalten werden. Der offiziellen Agenda des CMP folgend, scheint der neue Haushalt tatsächlich vor allem auf die Bedürfnisse der ärmeren Bevölkerungsschichten zugeschnitten zu sein: Für die Grundbedürfnisprogramme der Zentralregierung sind zusätzliche 25 Milliarden Rupien vorgesehen, das Netz privater Banken in ländlichen Orten soll ausgebaut, die Ausgaben für Bewässerungsprogramme sollen um das fünffache erhöht und Subventionen sollen stärker auf die Lebensmittelproduktion sowie auf die Produktion von Düngemitteln, motorisierten Pflügen und Traktoren konzentriert werden. Doch bei genauerem Hinsehen wird deutlich, daß Chidambaram tatsächlich weniger für soziale Zwecke ausgeben will, als sein Amtsvorgänger Singh. Erreichten die Ausgaben für ländliche Entwicklung, Beschäftigungsprogramme, Gesundheitswesen und den Bildungsbereich im vergangenen Jahr noch 2,31 Prozent des Bruttosozialproduktes (BSP) und im Jahr davor 2,17 Prozent, so sind es jetzt nur noch 2,07 Prozent. Der Anteil dieser Bereiche an den Gesamtausgaben sank von 10,34 Prozent auf 9,9 Prozent. Um 10,7 Prozent erhöht hat sich lediglich die finanzielle Unterstützung, die von der Zen-

tralregierung den Bundesstaaten gewährt wird. Damit wird offenbar der Tatsache Rechnung getragen, daß die Koalitionsregierung auf die Unterstützung wichtiger Regionalparteien angewiesen ist. So verwundert es nicht, daß Kritiker Chidambaram vorwerfen, nur vorzugeben, eine armutsorientierte Haushaltspolitik zu betreiben, in Wirklichkeit jedoch die Umverteilungspolitik seines Vorgängers zugunsten der Reichen fortzusetzen.

**Endlich Gerechtigkeit?**

Nach der Ermordung Indira Gandhis 1984 durch Mitglieder ihrer Leibgarde, war es vor allem in New Delhi zu gewalttätigen Ausschreitungen gegen Sikhs gekommen, da die

Attentäter dieser Religionsgemeinschaft angehörten. Innerhalb von vier Tagen wurden in Delhi bei diesen Ausschreitungen über 3.000 Sikhs von einem fanatischen Mob ermordet. Zwar wurde 1985 eine Untersuchungskommission eingesetzt, die vor allem auch die Rolle der Polizei und von Politikern während der Unruhen und Ausschreitungen untersuchen und Verantwortliche zur Rechenschaft ziehen sollte. Die Benennung der Verantwortlichen und die Verurteilung der Schuldigen wurde seither vor allem aufgrund der mangelnden Kooperationsbereitschaft der Polizei verzögert und verschleppt. Die Verzögerungstaktik offizieller Stellen und Behörden ließ nicht zu Unrecht den Eindruck entstehen, die damals an den Ausschreitungen beteiligten Gewalttäter würden von der Regierung geschützt. Nun endlich, knapp zwölf Jahre nach den Unruhen, hat ein Richter in Delhi 90 Angeklagte zu Gefängnisstrafen verurteilt und für die kommenden Monate werden weitere Verurteilungen erwartet.

### Monsunoffensive in Nagaland

Nachdem im vergangenen Jahr ein deutliches Abflauen extremistischer Aktivitäten in Nagaland zu beobachten war, hat die von T.N. Muivah angeführte Fraktion des berüchtigten 'National Socialist Council of Nagaland' (NSCN) seit Juni seine Aktivitäten wieder verstärkt. In seiner 'Monsunoffensive' hat der NSCN seit Juni eine Reihe

von Anschlägen verübt, die den Nordosten Indiens erschütterten. Die auf 2.000 Mann geschätzte Extremistengruppe hat die indische Armee als ihren Hauptgegner und als Invasionsarmee identifiziert. Durch Bombenanschläge und andere Attentate sind allein im Juli mehrere Dutzend Angehörige der indischen Sicherheitskräfte getötet worden. Die neue Offensive des NSCN begann nur wenige Tage, nachdem der 'Naga Hoho', die Versammlung aller Nagastämme, die verschiedenen Extremistengruppen zu einem Waffenstillstand aufgefordert hatte. Während Gruppen, die mit der Muivah-Fraktion des NSCN rivalisieren, auf dieses Angebot eingegangen sind, macht Muivah mit der neuen Offensive deutlich, daß er zumindest gegenwärtig nicht daran interessiert ist, den Friedensprozeß zu fördern. Stattdessen bemüht sich seine Gruppierung verstärkt um die Rekrutierung neuer Kämpfer, die ihn in seinem Kampf um ein unabhängiges Nagaland unterstützen sollen. Dabei dürfte es ihm im Augenblick nicht schwerfallen, Freiwillige zu finden. Die indische Armee und andere Sicherheitskräfte sorgen durch Übergriffe auf Zivilisten und massive Menschenrechtsverletzungen selbst dafür, daß Gruppierungen wie der NSCN und andere Extremistengruppen immer wieder neue Mitglieder rekrutieren können und über einen relativ großen Rückhalt in der Bevölkerung verfügen. So hat die Armee zum Beispiel während eines Einsatzes in Kohima, der Hauptstadt Nagalands, Anfang August ein Hotelzimmer gestürmt und das Feuer auf die beiden dort anwesenden Männer eröffnet. Bei dem einen von ihnen handelte es sich um den Vertreter eines Ingenieurbüros aus Kalkutta, der bei dem Einsatz getötet wurde. Der andere, der schwer verletzt wurde, war ein Naga, der für das örtliche Gesundheitsamt arbeitete. Die Armee gab später an, der Ingenieur aus Kalkutta sei zufällig in eine Schießerei zwischen Soldaten und dem NSCN geraten und dabei unglücklicherweise getötet worden.

### Maßnahmen gegen Kinderarbeit

Die 'National Human Rights Commission' hat auf ihrer Zusammenkunft mit indischen Nichtregierungsorganisationen Ende Juli die Regierung aufgefordert, weitere Maßnahmen zu treffen, um Kinderarbeit und Kinderprostitution zu bekämpfen. So wird vor allem die Anwendung der existierenden Gesetze und eine härtere Bestrafung von Gesetzesbrechern sowie die Umsetzung der in der Verfassung festgeschriebenen freien Schulbildung bis zum 14. Lebensjahr eingefordert.



Kinder fordern die Einführung der Primarschulpflicht (Foto: 'Südasiens Büro')

### Hungertote in Maharashtra

Nur kurze Zeit nach Beginn des diesjährigen Monsuns sind in Maharashtra über 200 Kinder verhungert. Diese Zahl nannte 'Chief'-Minister Joshi während einer Pressekonferenz in Bombay. "Offenbar werden solche Todesfälle zu einer traurigen jährlichen Routine," meinte der Regierungschef. So sollen nach Joshis Angaben im vergangenen Jahr im gleichen Zeitraum 156 Kinder verhungert sein, 1994 waren es, wie auch in diesem Jahr, über 200.

### Katastrophen bei Wallfahrten in Ujjain und Haridwar

Immer wieder werden Pilger, die in Indien an Wallfahrten teilnehmen, Opfer von Tragödien, die verhindert werden könnten, wenn die örtlichen Behörden und Sicherheitskräfte, die für die Organisation und den sicheren Ablauf zuständig sind, ihre Verantwortung ernst nehmen und sich nicht nur auf die Prominenz unter den Wallfahrern konzentrieren würden. Am frühen Morgen des

15. Juli drängten sich Tausende von Gläubigen vor dem Mahakaleswar Tempel in Ujjain. Noch bevor sie das Allerheiligste des Tempels erreichen konnten, wurden über 50 von ihnen Opfer einer Massenpanik. Auch in Haridwar versammelten sich an diesem Morgen zehntausende von Menschen, um anlässlich des Feiertages "Somwati Amavasya" ein Bad im Ganges zu nehmen. Hunderte drängelten sich auf der engen Shatabdi-Brücke. Plötzlich brach Panik aus, über 20 Menschen wurden zu Tode getrampelt.

Wesentlicher Auslöser für die Tragödie in Ujjain war die Nachlässigkeit der Polizeikräfte, die dafür sorgten, daß ein hoher Verwaltungsbeamter Ujjains im Tempel beten konnte und deshalb andere Gläubige am Betreten des Tempelgeländes gehindert wurden. Seit dem frühen Morgengrauen hatten sich die Menschen am Fluß vor dem Tempel versammelt, um nach dem rituellen Bad im Tempel ihre Gebete zu sprechen. Als die Polizei die ungeduldiger werdenden Menschen zurückdrängen wollte, gerieten einige von ihnen in Panik. In dem Gedränge auf einem engen, schlüpfrigen

Zugang zum Tempelinneren, rutschten einige aus und wurden in der nun folgenden Stampede zu Tode gedrückt.

In Haridwar wurde die Tragödie zwar nicht durch die Anwesenheit irgendwelcher Prominenter ausgelöst, doch zeigten sich auch hier die Ordnungskräfte nicht in der Lage, die Menschenmassen unter Kontrolle zu halten. Schätzungen zufolge hatten sich hier über 250.000 Pilger versammelt, um an diesem Feiertag, der nach 28 Jahren erstmals wieder begangen wurde, ein rituelles Bad im Ganges zu nehmen.

### Schwere Monsunschäden

Der diesjährige Monsun hat in Kovalam, einem der bekanntesten südindischen Badeorte, schwere Schäden angerichtet und eine Spur der Verwüstung hinterlassen. Eingebrochene Mauern, umgestürzte Strommasten, ramponierte Hotels und ein "verschwundener" Strand sind die Bilanz schwerer Monsunstürme und das Ergebnis langjähriger Mißachtung jeglicher Bauvorschriften und Umweltschutznormen durch eine an kurzfristigen Gewinnen interessierte Tourismusindustrie. 25 direkt am Strand errichtete Herbergen und Hotels wurden schwer beschädigt, 200 Verkaufsstände und kleinere Hütten wurden von den Wellen weggespült und über 120

Meter Strand wurden überflutet. Die Schäden werden auf insgesamt über zwei Millionen Rupien geschätzt, die Folgen für den Tourismus sind noch nicht abzusehen. Hotel- und Restaurantbesitzer beschuldigen nun die Landesregierung Keralas, nicht rechtzeitig Maßnahmen zum Schutz des berühmten Strandes eingeleitet zu haben. Sie selbst hätten tonnenweise Steinblöcke heranttransportieren lassen und entlang des Strandes zu dessen Schutz aufgeschüttet - eine Schutzmaßnahme, die sie eigentlich von der Regierung erwartet hatten. Doch die Distriktverwaltung wehrt sich: "Diese Leute verletzen seit Jahren bestehende Bauvorschriften und errichten ihre Hotels und Restaurants direkt am Strand. Und nun sollen wir sie vor Erosionsprozessen schützen?" fragt Distrikt Collector Aruna Sundar Rajan. Kovalam könnte gerettet und der Strand wiederhergestellt werden, doch nur, wenn die bestehenden Verordnungen zum Schutz der Küsten, die jegliche Baumaßnahme in weniger als 500 Meter Entfernung vom Strand verbieten, eingehalten werden. Die Aussichten hierfür sind jedoch vergleichsweise gering, hat doch die mächtige Lobby der Tourismusindustrie in Kerala die dortige Landesregierung dazu gebracht, einen Antrag auf Ausnahmeregelung für die Küste Keralas zu stellen.

### Tierschützer contra Schlangenbeschwörer

Die Jogis sind eine Kaste, die ihren Lebensunterhalt durch die jahrhundertealte Tradition der Schlangenbeschwörung verdienen. In dem kleinen Dorf Molarbad, am Rande der indischen Hauptstadt, leben etwa 450 Familien, die dieser Kaste angehören. Vor wenigen Wochen wurde ihr Dorf heimgesucht von Aktivisten der 'Gesellschaft zur Verhinderung von Grausamkeiten gegen Tiere' (SPCA). Seitdem sind die Dorfbewohner auf der Hut vor Fremden, die ihr Dorf besuchen. Die schätzungsweise 10.000 Schlangen, die sie halten, wer-

### Indien-Institut nimmt Arbeit wieder auf

1960 wurde in München das Indien-Institut e.V. gegründet, dessen Vorläufer-Organisation schon in den zwanziger Jahren in München wirkte. Das Institut fördert die Verbreitung und Vertiefung von Indien-Kenntnissen in Deutschland, vor allem aber in Bayern. Es arbeitet in enger Anlehnung an das Völkerkunde-Museum in München. Nach einer technisch bedingten mehrjährigen Unterbrechung seiner Programmarbeit hat das Institut sein Wirken wieder aufgenommen. Im Winterhalbjahr 1996/97 sind unter anderem folgende Veranstaltungen vorgesehen: 17. Oktober: Vortrag über "Madurai - die Stadt der Göttin Meenakshi"; 10. November: Divali: Festlicher Musikabend mit Debiprasad Gosh (Sarod) und Shankar Lal (Tabla); 11. Dezember: Rituale und Brauchtum im Durgafestival in Bengalen; 27.1.97: Feier des indischen Republic-Days in Anwesenheit S.E. Mr. Lambah, Botschafter der Republik Indien in Bonn; 9.2. bis 2.3.97: Sonderstudienreise - Rajasthan - Mit Bus, Jeep und Dromedar durchs Land der Könige; 19. 2.97: Filabend mit dem Filmregisseur Clemens Kuby und der Präsentation des Spielfilms "Das alte Ladakh" (weitere Informationen über: Indien-Institut, Völkerkundemuseum, Maximilianstr. 42, 80538 München).



Hat die Zunft der Schlangenbeschwörer noch eine Zukunft?  
(Foto: Theo Ebberts)

den versteckt und dem Besucher wird von den Dorfältesten versichert, es gäbe keine Schlangen mehr in Molarbad. Denn die Jogis fürchten um ihre Lebensgrundlage. Seit Jahrhunderten lebt ihre Gemeinschaft von der Kunst der Schlangenbeschwörung und nun wollen Tierschutzaktivisten dafür sorgen, daß sie keine Schlangen mehr fangen und besitzen dürfen. Und das Recht ist auf Seiten der Tierschützer: Das Tierschutzgesetz von 1972 (Wildlife Protection Act) verbietet das Fangen von Schlangen. "Armut ist kein Grund, solche Grausamkeiten gegen Schlangen zu verüben. Demnächst wird Diebstahl gerechtfertigt, weil die Diebe so arm sind," verteidigt Ambika Shukla, die Schwester der bekannten Tierschützerin Maneka Gandhi, ihre Aktion gegen die Schlangenbeschwörer. Auch Tradition sei kein Grund, an der Praxis der Schlangenbeschwörung festzuhalten. "Sind nicht auch Kinderehen und Mitgift alte Traditionen?" fragt sie. "Es gibt eben auch schlechte Traditionen, die es

zu überwinden und abzuschaffen gilt. Man kann den Fortschritt nicht aufhalten, indem man das Autofahren verbietet, weil Tongas und Rikshaws traditionelle Transportmittel sind."

Aber die Jogis wehren sich. In ihrer Existenz bedroht fragen sie, warum die Tierschützer nicht auch die berittene Polizei verbieten lassen wollen oder sich dafür einsetzen, daß zukünftig keine Tiere mehr vor Pflüge gespannt werden, da das ja auch Tierquälerei sei.

Moderate Tierschützer sehen die Notwendigkeit, daß Tierschutz nicht auf Kosten der Schlangenbeschwörer gehen kann. Sie fordern beispielsweise eine Beteiligung der Jogis an Maßnahmen und Projekten zum Reptilienschutz, verfügen sie doch über jahrhundertaltes Wissen über das Verhalten von Schlangen. "Jogis könnten in Zoos und zoologischen Forschungseinrichtungen beschäftigt werden, wo sie ihr traditionelles Wissen sinnvoll einsetzen könnten", meint Umweltschützerin Dr. Iqbal Malik, die in einem Projekt mit Schlangenbeschwörern zusammenarbeitet.

Ähnliche Forderungen werden auch für andere - vielfach tribale - Gruppen gestellt, die ihren Lebensunterhalt durch Tierdressuren und das Fangen von Wildtieren verdienen. Doch solange die Regierung das Halten und Fangen von Affen, Bären und Schlangen lediglich verbietet, für die Menschen, die von diesen Tieren leben jedoch keine alternativen Einkommensmöglichkeiten schafft, wird das Dilemma zwischen Tierschutz und Sicherung des Lebensunterhaltes für soziale Gruppen, wie die Jogis, nicht gelöst werden können.

### Schlechte Zustände in Flüchtlingslagern

Nach den schweren Auseinandersetzungen und blutigen Kämpfen zwischen Bodos und Santhals in Assam, die im

Mai über 150 Menschenleben kosteten (siehe dazu auch: 'Südasiens', 4/96), suchten über 140.000 Santhals Zuflucht in von der Regierung eingerichteten Flüchtlingslagern. Doch in den etwa vier Monaten, die seit den Unruhen vergangen sind, sind in den Flüchtlingslagern mehr Menschen ums Leben gekommen, als bei den Auseinandersetzungen selbst. Nach Angaben der Distriktverwaltung in Kokrajhar sind bisher in den mehr als 50 Lagern über 400 Menschen verstorben, davon etwa 60 Prozent Kinder. Haupttodesursachen sind Unterernährung, Malaria, Durchfallerkrankungen und andere Tropenkrankheiten. Für die medizinische Versorgung der 51 Lager stehen lediglich 45 Ärzte bereit, und nur in seltenen Fällen stehen Transportfahrzeuge zur Verfügung, mit denen Schwerkranke zur Behandlung in Krankenhäuser gebracht werden könnten. Die Landesregierung Assams gibt jeden Monat 600.000 bis 700.000 Rupien für Nothilfe Maßnahmen in den Lagern aus - eine Summe, die gerade ausreicht, um den Bedarf von zehn Tagen zu decken. Die Zentralregierung in Delhi hat bisher noch keinerlei Mittel zur Verfügung gestellt, und internationale Hilfswerke wie OXFAM, UNICEF und andere, die um Hilfe gebeten wurden, zeigen sich aufgrund der schwierigen 'Law and Order'-Situation im Kokrajhar-Distrikt mit Hilfszusagen sehr zurückhaltend. Noch immer bedrohen militante Bodos, die einen eigenen Staat 'Bodoland' fordern, mit ihren Anschlägen den Frieden in der Region.

### Rolex-Uhren und Koffer voller Geld

Seit der Regierungsübernahme durch die 'United Front' vergeht kaum eine Woche, in der nicht neue Korruptionsaffären und andere Finanzskandale der 'Congress'-Regierung unter Ex-Premier Rao bekannt werden. Im Mittelpunkt

des jüngsten Skandals steht der ehemalige Minister für Telekommunikation und enger Vertrauter Raos, Sukh Ram, in dessen Wohnungen bei Hausdurchsuchungen im August über 36 Millionen Rupien Bargeld sichergestellt wurden.

Bei einer Hausdurchsuchung der Wohnung von Rams höchster Mitarbeiterin, der Direktorin der Finanzabteilung des Ministeriums, Runu Ghosh, wurden 300.000 Rupien, Devisen und mehrere goldene Rolex-Uhren sichergestellt, die sie während mehrerer Dienstreisen ins Ausland erworben haben will. Sukh Ram, der sich zum Zeitpunkt der Hausdurchsuchungen in Großbritannien aufhielt, meinte zu seiner Verteidigung lediglich, das in seinen Häusern gefundene Geld gehöre nicht ihm.

Die Quellen, aus denen dieses Geld stammt, sind tatsächlich noch nicht völlig aufgedeckt, doch liegen Beweise vor, die belegen, daß das Ministerium für Telekommunikation einem Elektronikunternehmen aus Hyderabad für die Lieferung technischer Ausrüstungen über 16 Millionen Rupien zu viel gezahlt hat.

Es wird nun vermutet, daß ein Teil dieses Geldes bei Sukh Ram gelandet ist, und daß dieser auch mit anderen Unternehmen ähnliche Geschäfte gemacht hat. Untersucht werden jetzt auch die Angebote, die internationale Unternehmen auf die Ausschreibungen zur Privatisierung des Telekommunikationssektors und zum Aufbau von Mobilfunknetzen abgegeben haben. Es wird geschätzt, daß bei der Vergabe dieser Aufträge insgesamt mehr als 15 Milliarden Rupien Schmiergelder geflossen sind. Sind diese Vermutungen auch nur annähernd richtig, sind die bei Sukh Ram sichergestellten Gelder nur die Spitze eines Eisbergs, der die schwer angeschlagene 'Congress'-Partei noch stärker ins Zwielicht rückt, als die bisherigen Skandale (siehe dazu auch "Rao tritt zurück").

## Neue Zeitschrift zum interkulturellen Verständnis

"Indien in der Gegenwart" ist eine Vierteljahresschrift in deutscher Sprache, herausgegeben vom 'Indian Council for Cultural Relations' in New Delhi. Wichtigstes Anliegen der neuen Zeitschrift ist es, das interkulturelle Verständnis zwischen Indien und dem deutsch-sprachigen Kulturraum zu fördern und zu vertiefen und Indiens Weg in eine moderne, sich öffnende Gesellschaft zu dokumentieren. Sie ist unmittelbares Produkt der Öffnungspolitik Indiens und versucht, die zeitgenössische indische Wirklichkeit zu reflektieren. Demzufolge werden neben kulturellen und literarischen Beiträgen vor allem auch wirtschaftliche und sozialpolitische Aspekte im Mittelpunkt stehen. Indem sich der Herausgeber auf renommierte deutsche und indische Autoren aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik, Kunst und Kultur stützt, sollte es gelingen, die Identität dieses vielfältigen, vielfarbigen und multikulturellen Landes ohne grobe Vereinfachungen und ohne die bekannten Stereotypen dem Leser näherzubringen. Der Bezug der Zeitschrift im Abonnement ist nur möglich über das Indische Kulturzentrum, Stormstr. 10, 14050 Berlin, Tel. 030-3026505, FAX: 030-3066059. Ein Jahresabonnement mit vier Ausgaben kosten inkl. Porto DM 30,- (bitte Scheck übersenden).